

## Mündliche Anfragen

für die Fragestunde der 88. Sitzung des Landtags Rheinland-Pfalz

am Donnerstag, dem 29. Januar 2015

**1. Abgeordnete  
Manfred Geis und  
Barbara Schleicher-  
Rothmund (SPD)**

### **Karl-Marx-Jahr 2018**

Am 5. Mai 2018 jährt sich zum 200. Mal der Geburtstag von Karl Marx, der in Trier geboren wurde.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Mit welchem Programm will die Landesregierung an das Werk und das Leben eines der politisch einflussreichsten Gelehrten des 19. Jahrhunderts erinnern?
2. Warum ist eine Investition von bis zu 5,6 Millionen Euro durch die Stadt Trier und das Land Rheinland-Pfalz für den Erfolg des zentralen Ausstellungsprojekts „Karl-Marx 2018“ notwendig?
3. Besteht – wie von Vertretern der CDU Rheinland-Pfalz behauptet – ein Zusammenhang zwischen der geplanten Investition in die Karl-Marx-Ausstellung und den Mitteln für andere Bereiche der Kultur oder andere Landesförderungen?
4. Welche Ziele verfolgt die Landesregierung mit dem Jubiläumsprogramm, insbesondere mit der Sonderausstellung?

**2. Abgeordnete  
Guido Ernst und  
Marion Schneid (CDU)**

### **Aktuelle Diskussion zum Thema Ganztagschule und Sportvereine**

Wir fragen die Landesregierung:

1. Teilt die Landesregierung die Kritik des Landessportbundes an der Landesregierung vor dem Hintergrund, dass in der Bestandserhebung des Landessportbundes unter anderem die rheinland-pfälzische Ganztagschule für den Rückgang der Mitgliederzahlen in dem Alterssegment sieben bis 14 Jahre verantwortlich gemacht wird?
2. Lässt sich angesichts eines Mitgliederminus der Sportvereine von rund 13 Prozent in den vergangenen Jahren in der Altersgruppe sieben bis 14 Jahre die Behauptung von Frau Ministerin Reiß aufrecht erhalten, „Ganztagschulen und Sport – davon profitieren beide Seiten“ (Allgemeine Zeitung vom 22. Januar 2015)?
3. Welchen Handlungsbedarf sieht die Landesregierung, um das ehrenamtliche Engagement neben der Ganztagschule in Vereinen, Kirchen und Verbänden zu stärken?
4. Wie steht die Landesregierung dem Modell anderer Bundesländer gegenüber, die Teilnahme an nicht gebundenen Ganztagschulen auch tageweise zu ermöglichen?

**3. Abgeordnete**  
**Anna Neuhof und**  
**Dietmar Johnen**  
 (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Agrarpolitischer Dialog im Rahmen der Internationalen Grünen Woche 2015**

Die Internationale Grüne Woche in Berlin ist regelmäßig ein Ort des agrarpolitischen Diskurses. Neben einer Amtschefkonferenz der Agrarressorts der Länder, Gesprächen der Agrarministerinnen und -minister mit dem EU-Agrarkommissar Phil Hogan und zahlreichen weiteren Veranstaltungen auf der Messe, demonstrierten in Berlin am 17. Januar 2015 rund 50 000 Menschen aus ganz Deutschland unter dem Motto „Wir haben es satt“ für eine ökologische, tierfreundliche und bäuerliche Landwirtschaft.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Welche Akzente setzte die Konferenz der Amtschefinnen und Amtschefs der Agrarressorts der Länder für die kommende Agrarpolitik?
2. Welche Ergebnisse ergaben sich aus den Gesprächen mit dem EU-Agrarkommissar Phil Hogan?
3. Wie bewertet die Landesregierung die Tierwohl-Initiative des Bundeslandwirtschaftsministers Christian Schmidt?
4. Wie bewertet die Landesregierung den Verlauf der öffentlichen und agrarpolitischen Diskussion um die Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA bzw. Kanada (TTIP und CETA)?

**4. Abgeordneter**  
**Christian Baldauf (CDU)**

**MAB-Komitee sieht Windkraftanlagen im Pfälzerwald kritisch**

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche Schlüsse zieht die Landesregierung aus der dringenden Empfehlung des MAB-Nationalkomitees, auf den Ausbau von Windrädern im Pfälzerwald zur Sicherung des Status als Biosphärenreservat zu verzichten?
2. Wird die Landesregierung im weiteren Verfahren auf die Bürgerinnen und Bürger der Region zugehen und diese stärker in Entscheidungsverfahren mit einbeziehen?
3. Wird die Landesregierung das Landesentwicklungsprogramm (LEP) jetzt so ändern, dass die Errichtung von Windkraftanlagen im Pfälzerwald ausgeschlossen wird?
4. Wie sind der Stand der Umsetzung und die weitere Planung der Landesregierung zum Ausbau von Windkraftanlagen im Pfälzerwald?

**5. Abgeordnete**  
**Astrid Schmitt und**  
**Michael Hüttner (SPD)**

**Stand der Revision der Regionalisierungsmittel**

Seit 1996, als der öffentliche Personennahverkehr in die Zuständigkeit der Länder überführt wurde, zahlt der Bund jährlich mehrere Milliarden Euro aus, mit denen die Länder die entsprechende regionale Versorgung sicherstellen. Zur fälligen Revision dieser Zuweisungen liegen zur Zeit gegenläufige Beschlüsse des Bundesrats und des Bundeskabinetts vor.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Welche Mittel werden in Rheinland-Pfalz prognostisch benötigt, um das bisherige Personennahverkehrsangebot aufrechtzuerhalten?
2. Was würden die Entwürfe des Bundeskabinetts bzw. des Bundesrats für Rheinland-Pfalz finanziell jeweils bedeuten?
3. Wie bewertet die Landesregierung, unter Berücksichtigung der Positionen des Bundesrats, der Bundesregierung, sowie der Bundestagsfraktionen, die politischen Chancen, die angedachte langfristige Neuaufstellung der Regionalisierungsmittel in absehbarer Zeit zu erreichen?
4. Ist die zweckentsprechende Verwendung der Mittelzuweisungen in Rheinland-Pfalz sichergestellt?

6. Abgeordnete  
Martin Brandl und  
Brigitte Hayn  
(CDU)

#### Neue Studie zu drohendem Lehrermangel in MINT-Fächern von Prof. Klemm (FAZ vom 20. Januar 2015)

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie viele Lehrer mit MINT-Fächern werden in den kommenden zwei Jahren aus den allgemeinbildenden Schulen und den berufsbildenden Schulen ausscheiden?
2. Wie viele Lehrkräfte mit MINT-Fächern befinden sich aktuell an rheinland-pfälzischen Studienseminaren für allgemeinbildende und berufsbildende Schulen?
3. Mit welcher Strategie will die Landesregierung dauerhaft die Bedarfslücke für MINT-Fächer an den rheinland-pfälzischen Schulen decken?
4. Wie bewertet die Landesregierung Gehaltszulagen und weitere Anreizprogramme zur Gewinnung von Fachlehrern, wie z. B. Stipendien für Lehramtsstudierende in MINT-Fächern?

7. Abgeordnete  
Jutta Blatzheim-Roegler  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

#### Tempo-30-Strecken – Pilotprojekte zum Umgebungslärmschutz

Im Rahmen der modellhaften Geschwindigkeitsbeschränkungen an innerörtlichen Hauptverkehrsstraßen für die Lärmaktionsplanung des runden Tisches Lärm erfolgte angesichts der positiven Ergebnisse in Herxheimweyher und in Kandel die dauerhafte Genehmigung einer entsprechenden Geschwindigkeitsbegrenzung auf der Bundesstraße 427/Rheinstraße in Kandel. Eine überparteiliche Bürgerinitiative (Kandel30) hatte sich seit 2012 dafür eingesetzt. Nach einer wissenschaftlich begleiteten Versuchsphase vom 1. März 2014 bis 31. Januar 2015 und aufgrund der dort gewonnenen Erkenntnisse wurde jetzt die Tempo-30-Regelung zwischen 22.00 Uhr und 6.00 Uhr genehmigt. Die Nachfrage weiterer Gemeinden nach Einführung von Geschwindigkeitsbeschränkungen auf Hauptverkehrsstraßen ist ungebrochen. Kommunen sollen bei gesundheitsbeeinträchtigenden Lärmpegeln von 65 Dezibel am Tag und 55 Dezibel in der Nacht Lärmaktionspläne mit wirksamen Maßnahmen aufstellen. Dabei sind Tempo-30-Strecken zügig umzusetzen.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Wie sind die bisherigen Erkenntnisse und wie ist der jeweilige Verfahrensstand bei den Kommunen, die sich an den Pilotprojekten zur Umsetzung von Tempo 30 auf innerörtlichen Landes- und Bundesstraßen beteiligen oder beteiligen wollen?
2. Welche positiven Effekte für die Gesundheit und die Lebens- und Wohnqualität der Anwohnerinnen und Anwohner sind durch die Einrichtung von Tempo-30-Strecken zu erwarten?
3. Welche Schlussfolgerungen werden aus den Ergebnissen der Tempo-30-Strecken gezogen?
4. Durch welche Maßnahmen kann eine bessere Lärminderung dauerhaft erreicht oder gewährleistet werden?

8. Abgeordnete  
Ingeborg Sahler-Fesel  
und Nico Steinbach  
(SPD)

#### Hotel Eifelstern als Außenstelle der Aufnahmeeinrichtung für Asylbegehrende Trier

Das Land wird die Kapazitäten der Aufnahmeeinrichtung für Asylbegehrende (AfA) erweitern, um somit auch die Kommunen und deren Gemeinschaftsunterkünfte zu entlasten. Das Hotel Eifelstern am Flughafen Bitburg war Ende des Jahres vorgesehen als eine Außenstelle der AfA Trier. Einen Tag vor Vertragsabschluss wurden jedoch bei der finalen Abschlussbegehung bzw. bei der Abnahme des Objekts plötzlich Mängel beim Brandschutz festgestellt, sodass eine Vertragsunterzeichnung nicht zustande kam.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Von wem wurde wann dem Land das Angebot unterbreitet, das Hotel Eifelstern für die Aufnahme von Flüchtlingen als Außenstelle der AfA Trier zu nutzen?
2. Wie weit waren die Vorbereitungen zwischen dem Hotelbesitzer, der AfA (Land) und dem DRK (Betreuung) für die Aufnahme des Betriebs im Hotel Eifelstern bis zum Tag vor dem geplanten Vertragsabschluss fortgeschritten?
3. Wurde bereits vor der finalen Begehung am Tag vor dem geplanten Vertragsabschluss eine Überprüfung des Objekts durch die Feuerwehr vorgenommen oder war dies die einzige Begehung dieser Art?
4. Wer hat an der genannten Begehung teilgenommen?

**9. Abgeordneter****Matthias Lammert (CDU)****Entwicklung der Polizeistärke in Rheinland-Pfalz**

Der Innenminister hat in mehreren Interviews in den vergangenen Wochen darauf aufmerksam gemacht, dass die Einstellungszahlen bei der Polizei derzeit einen hohen Stand aufweisen.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Wie hat sich in den vergangenen zehn Jahren die Personalstärke bei der Polizei entwickelt (bitte Angabe in Vollzeitäquivalenten und aufgeschlüsselt nach Jahren)?
2. Wie viele Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte werden bis zum Jahr 2020 in den Ruhestand treten (bitte aufgeschlüsselt nach Jahren)?
3. Können die für die kommenden Jahre geplanten Neueinstellungen diese Abgänge kompensieren?
4. Wie wird sich nach den derzeitigen Plänen der Landesregierung die Personalstärke bei der Polizei bis zum Jahr 2020 entwickeln (bitte aufgeschlüsselt nach Jahren und Angabe in Vollzeitäquivalenten)?

**10. Abgeordneter****Arnold Schmitt (CDU)****Zukunft der Tierkörperbeseitigung in Rheinland-Pfalz**

Im Zusammenhang mit der gesetzlichen Neuordnung der Tierkörperbeseitigung in Rheinland-Pfalz hatte die Landesregierung die Erwartung geweckt, dadurch ein Vertragsverletzungsverfahren durch die EU abwenden und eine Privatisierung der Tierkörperbeseitigung in Rheinland-Pfalz verhindern zu können. In der jüngsten Sitzung des Umweltausschusses musste Staatssekretär Dr. Griese allerdings berichten, dass die EU-Kommission ein Vertragsverletzungsverfahren dennoch androht und eine Ausschreibung der Tierkörperbeseitigung in Rheinland-Pfalz verlangt. In ihrer Pressemeldung vom 13. Januar 2015 teilt Umweltministerin Höfken mit, dass zur Verhinderung eines Vertragsverletzungsverfahrens der Weg der Privatisierung der operativen Tierkörperbeseitigung jetzt gegangen werden soll. Land und Kommunen sähen sich zu befristeter Ausschreibung gezwungen.

Ich frage die Landesregierung:

1. Inwieweit sind nach aktuellem Bestehen der EU-Kommission auf Ausschreibung der Tierkörperbeseitigung in Rheinland-Pfalz entgegen den ursprünglich von der Landesregierung geweckten Erwartungen die Arbeitsplätze der Beschäftigten in der Tierkörperbeseitigung und der Bestand der entsprechenden Anlagen doch gefährdet?
2. Inwieweit ist gewährleistet, dass die EU-Kommission den neuen Kurs der Landesregierung in Richtung Privatisierung mit den damit verbundenen Auflagen akzeptiert?
3. Welches wären die potenziellen Folgen eines Vertragsverletzungsverfahrens durch die EU-Kommission für das Land Rheinland-Pfalz?
4. Warum ist es der Landesregierung trotz der beanspruchten Verhandlungen nicht gelungen, die EU-Kommission von ihrem jetzt vollzogenen Schritt abzuhalten, obwohl sie insbesondere auch gegenüber den Kommunen als bisherige Träger der Tierkörperbeseitigung immer den Eindruck erweckt hat, dass durch die Neuregelung der Tierkörperbeseitigung erreichen zu können?

**11. Abgeordnete****Hans Jürgen Noss und  
Carsten Pörksen (SPD)****Landesfeuerweherschule Rheinland-Pfalz**

Ende letzten Jahres wurde seitens des Ministeriums des Innern, für Sport und Infrastruktur ein runder Tisch mit dem Ziel eingerichtet, die Landesfeuerweherschule in Koblenz (LFKS) personell und organisatorisch an die veränderten Anforderungen anzupassen.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Um die LFKS zukunftssicher aufzustellen, wurde ein Beirat gebildet. Wie setzt sich dieser personell zusammen?
2. Welche wesentlichen Punkte sind in diesem Beirat beraten worden und welche Ergebnisse zur Fortentwicklung der LFKS wurden bisher erreicht?
3. Welche personellen Maßnahmen hat die Landesregierung getroffen, um auch zukünftig das notwendige und erforderliche Lehrgangsangebot der LFKS in Koblenz anbieten zu können?

## 12. Abgeordneter

**Dr. Bernhard Braun**  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Ein Strommarkt für die Energiewende – Vorschläge aus Rheinland-Pfalz für ein neues Strommarktdesign**

Die Refinanzierung der für den weiteren Ausbau der erneuerbaren Energien notwendigen Investitionen ist unter den Rahmenbedingungen des derzeitigen Strommarktdesigns ebenso wenig gesichert, wie die konventioneller Kraftwerke, nachfrageseitiger Flexibilitätsoptionen und für Speichertechnologien. Folglich bedarf es für den erfolgreichen Fortgang der Energiewende eines neuen Strommarktdesigns.

Mit dem Grünbuch „Ein Strommarkt für die Energiewende“ hat das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) Anfang November 2014 ein Diskussionspapier zu Möglichkeiten der Ausgestaltung eines neuen Strommarktdesigns vorgelegt, auf dessen Grundlage bis Ende Mai 2015 ein Weißbuch mit konkreten Maßnahmen entstehen soll. Dieses wiederum soll bis September 2015 mit anschließendem Gesetzgebungsverfahren konsultiert werden. Stellungnahmen zum Grünbuch können bis März 2015 eingereicht werden.

Vor diesem Hintergrund besuchte die rheinland-pfälzische Wirtschaftsministerin Eveline Lemke am 14. Januar 2015 Bundeswirtschaftsminister Siegmund Gabriel, um mit ihm über die Ausgestaltung eines Strommarktes für die Energiewende zu diskutieren.

In diesem Zusammenhang frage ich die Landesregierung:

1. Wie beurteilt die Landesregierung die Bedeutung eines neuen Strommarktdesigns für den Erfolg der Energiewende und damit weg von der Nutzung fossiler Energien hin zu erneuerbaren Energien?
2. Wie bewertet die Landesregierung das durch das BMWi vorgelegte Grünbuch „Ein Strommarkt für die Energiewende“?
3. Welche Anforderung an ein neues Strommarktdesign für die Energiewende erachtet die Landesregierung als notwendig?
4. Wie plant die Landesregierung sich in den weiteren Diskussionsprozess um ein neues Strommarktdesign für die Energiewende einzubringen?

## 13. Abgeordnete

**Bettina Dickes und  
Simone Huth-Haage**  
(CDU)

**Äußerungen von Bildungsministerin Reiß zur Sprachförderung (Rheinzeitung vom 7. Januar 2015)**

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie viele Schülerinnen und Schüler aus dem Ausland wurden mit geringen oder keinen Deutschkenntnissen in den vergangenen fünf Schuljahren den rheinland-pfälzischen Schulen zugewiesen bzw. in Kindertagesstätten aufgenommen (Angaben bitte nach Schularten und Jahren differenzieren)?
2. Teilt die Landesregierung die Kritik aus den Schulen, dass zu wenig Sprachförderkontingente bereit gestellt werden?
3. Wird der Haushaltsansatz für die Sprachförderung an Kindertagesstätten in 2015 wie geplant weiter sinken, im Rahmen des Deckungskreises angehoben oder noch stärker gekürzt?
4. Bleibt die Landesregierung bei der Stellungnahme von Ministerin Reiß, dass bis auf Weiteres für die Sprachförderung weder mehr Stellen noch mehr Mittel bereitgestellt werden?

**14. Abgeordnete**  
**Martin Haller und**  
**Ulla Brede-Hoffmann**  
**(SPD)**

**Freifunk-Communities in Rheinland-Pfalz**

In Deutschland existieren rund 80 dezentral organisierte Freifunk-Communities, die ca. 6 000 der bundesweit etwa 15 000 offenen WLAN-Knoten betreiben. Auch in Rheinland-Pfalz entsteht eine Community von zumeist ehrenamtlichen Akteuren, die an öffentlichen Knotenpunkten frei zugängliches WLAN zur Verfügung stellen. Der Mainzer Stadtrat nimmt hier bereits jetzt eine Vorreiterrolle ein. In ihrem Beschluss „Weiterer Ausbau des kostenfreien WLAN-Netzes in Mainz“ vom 3. Dezember 2014 haben die Stadtratsfraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP einen Beschluss zum Ausbau von kostenfreiem WLAN in Mainz gefasst, der auch eine Unterstützung von privaten Initiativen wie „Freifunk“ vorsieht. Zuletzt konnten so beispielsweise Flüchtlingsunterkünfte in der ehemaligen Peter-Jordan-Schule und der Zwerchallee in Mainz mit kostenfreiem WLAN versorgt werden.

Wir fragen die Landesregierung:

1. In welchen Regionen von Rheinland-Pfalz gibt es nach Erkenntnissen der Landesregierung Freifunk-Communities?
2. Wie bewertet die Landesregierung die Möglichkeit, mittels Freifunk den ländlichen Raum mit Breitband-Internet zu versorgen?
3. Wie beurteilt die Landesregierung die rechtliche Situation von Betreibern von Freifunk-Knoten im Hinblick auf § 8 Telemediengesetz?
4. Hält es die Landesregierung für möglich, in und auf Gebäuden des Landes Standorte für Freifunk-Antennen zur Verfügung zu stellen?

**15. Abgeordnete**  
**Petra Elsner und**  
**Ingeborg Sahler-Fesel**  
**(SPD)**

**Asylsuchende Frauen und Kinder in Rheinland-Pfalz**

Immer mehr alleinstehende Frauen und Kinder kommen als Asylsuchende nach Deutschland. Auch in Rheinland-Pfalz steigt die Zahl stetig an.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Hat die Landesregierung konkrete Zahlen, wie viele alleinstehende Frauen in den Flüchtlingsunterkünften in Rheinland-Pfalz untergebracht sind?
2. Hat die Landesregierung Kenntnis darüber, wie viele der Frauen mit Kindern kommen?
3. Hat die Landesregierung konkrete Zahlen, wie viele asylsuchende Kinder und Jugendliche, die sich nicht in Begleitung eines Erwachsenen befinden, bereits von dem hierfür zuständigen Jugendamt Trier in Obhut genommen wurden?
4. Hat die Landesregierung Kenntnis darüber, welche Beratungsangebote für durchlebte Traumata (speziell sexuellen Missbrauch) vor Ort den betroffenen Frauen zeitnah zur Verfügung stehen?

**16. Abgeordnete**  
**Christian Baldauf und**  
**Dr. Axel Wilke (CDU)**

**Verschärfung der Vorschriften zur Vermögensabschöpfung aus Straftaten**

Die Abschöpfung von Vermögen aus Straftaten ist ein wichtiges Instrument für eine effektive Strafverfolgung. Allerdings wird bisher nur ein geringer Prozentteil der Erlöse aus Straftaten beschlagnahmt. Nach Angaben des Bundeskriminalamtes betrug bundesweit die für das Jahr 2012 gemeldete Schadenssumme rund 1,1 Mrd. Euro. Der Anteil der Verfahren, in denen im gleichen Zeitraum Maßnahmen zur vorläufigen Sicherung von Vermögenswerten getroffen wurden, lag jedoch bei nur ca. 25 %. Die Drogenbeauftragte der Bundesregierung hat sich vor diesem Hintergrund im Januar 2015 dafür ausgesprochen, die vorläufige Beschlagnahmung von Vermögenswerten zu erleichtern und deren nachträgliche Abschöpfung zu ermöglichen.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Wie haben sich in den vergangenen Jahren die entsprechenden Zahlen in Rheinland-Pfalz entwickelt?
2. Befürwortet die Landesregierung eine Verschärfung der strafrechtlichen Regelungen (z. B. Vereinfachung der Vorschriften, Erleichterung der vorläufigen Sicherstellung von Vermögenswerten, Ermöglichung einer nachträglichen Vermögensabschöpfung, verfassungskonforme Beweislastumkehr etc.)?
3. Wenn ja: Wird sie entsprechende Bundesratsinitiativen einbringen und wann soll dies gegebenenfalls erfolgen?

## 17. Abgeordnete

Dr. Bernhard Braun und  
Wolfgang Schlagwein  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

### Verordnungsentwurf der Bundesregierung für die Ausschreibung von Photovoltaik-Freiflächenanlagen – Auswirkungen auf die Akteursvielfalt und den Ausbau im Bereich der Photovoltaik in Rheinland-Pfalz

Mit der Novelle des Erneuerbaren-Energien-Gesetzes im Jahr 2014 hat die Bundesregierung festgeschrieben, die Vergütung für Ökostrom ab dem Jahr 2017 über Ausschreibungsverfahren festlegen zu wollen. Dieses Verfahren soll zuvor anhand eines Pilotprojekts mit Photovoltaik-Freiflächenanlagen erprobt werden. Vor diesem Hintergrund plant die Bundesregierung bereits im April dieses Jahres mit der Pilotphase und den ersten Ausschreibungen zu beginnen. Im Zuge dieser sollen im Jahr 2015 500 Megawatt (MW), im Jahr 2016 400 MW und im Jahr 2017 300 MW Photovoltaikleistung installiert werden. Einen Entwurf für die Verordnung für die Ausschreibung von Photovoltaik-Freiflächenanlagen hat das Bundeswirtschaftsministerium (BMWi) Mitte Januar 2015 vorgelegt.

Kritiker bemängeln, dass das Auktionsvolumen zu niedrig angesetzt sei, um den angestrebten Neubau zu erreichen. Gleichzeitig würden derartige Ausschreibungsverfahren insbesondere kleine Unternehmen und Bürgerenergiegenossenschaften durch zusätzliche Transaktions- und Projektkosten benachteiligen. Auch der bisher für alle Ökostromproduzenten garantierte Netzzugang sei mit vorgeschalteter Ausschreibung künftig in Frage gestellt.

In diesem Zusammenhang fragen wir die Landesregierung:

1. Wie beurteilt die Landesregierung den durch das BMWi vorgelegten Verordnungsentwurf für die Ausschreibung von Photovoltaik-Freiflächenanlagen?
2. Sieht die Landesregierung die rheinland-pfälzischen Ausbauziele im Bereich der Photovoltaik durch das angesetzte Ausbauvolumen gefährdet?
3. Welche Folgen hätte nach Ansicht der Landesregierung ein derartiges Ausschreibungsmodell für die Akteursvielfalt im Bereich der Photovoltaik in Rheinland-Pfalz?
4. Können nach Auffassung der Landesregierung durch Ausschreibungsverfahren mittel- bis langfristig Preissenkungen im Bereich der Ökostromproduktion erzielt werden?

## 18. Abgeordneter

Dr. Adolf Weiland (CDU)

### Risiken bei Fremdwährungskrediten von Land und Kommunen in Rheinland-Pfalz

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche staatlichen Stellen wie Land oder Landesbetriebe und welche Kommunen in Rheinland-Pfalz haben nach Kenntnis der Landesregierung derzeit Fremdwährungskredite?
2. Wie teilen sich die Kredite nach Währung und Höhe auf?
3. In welchem Umfang sind bis heute Risiken durch Aufwertungen der entsprechenden Fremdwährungen bzw. Abwertungen des Euro eingetreten?
4. Welche Folgerungen für die gesetzlichen Grundlagen der Kreditaufnahme in Fremdwährungen und für die Kommunalaufsicht sind nach Einschätzung der Landesregierung aus den bisher eingetretenen Risiken zu ziehen?

## 19. Abgeordnete

Astrid Schmitt und  
Michael Hüttner (SPD)

### Situation des Fernverkehrs im Land

Auch nach der Bahnreform zum Jahr 1994 ist der Bund für den Schienenfernverkehr ausschließlich zuständig. Die Länder verantworten seit der mit der Bahnreform entschiedenen Regionalisierung des Schienennahverkehrs den SPNV in alleiniger Kompetenz. Ein wichtiges Ziel der Bahnreform war mehr Verkehr auf die Schiene zu bringen. Seit 1996 fand jedoch trotz hoher Investitionen in Schnellfahrstrecken ein kontinuierlicher Abbau des Fernverkehrsangebots in Deutschland statt. Auch Rheinland-Pfalz ist von dieser Entwicklung betroffen. Dies zeigt aktuell beispielhaft die Einstellung der Strecke Trier – Koblenz im Dezember 2014.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Welche Fernverkehrsstrecken wurden seitens der Deutschen Bahn seit der Bahnreform in Rheinland-Pfalz eingestellt bzw. im Angebot deutlich reduziert?
2. Sieht die Landesregierung Möglichkeiten, die Fernverkehrsanbindung konkret an der Mosel – wie der Rheinstrecke (Bonn – Remagen) – zukünftig wieder herzustellen oder zumindest den aktuellen Bestand zu sichern?
3. Sind seitens der Landesregierung Initiativen geplant, um eine Versorgung oder eine Anbindung insbesondere der Oberzentren mit Fernverkehr für die Zukunft zu sichern?

**20. Abgeordneter  
Marcus Klein (CDU)****Fehlende Unterrichtung des Datenschutzbeauftragten durch die Landesregierung bei der Einführung von „Katwarn“**

Die Landesregierung hat am 21. Januar 2015 die Einführung des mobilen Katastrophenwarn-Systems „Katwarn“ in Rheinland-Pfalz bekanntgegeben. Es soll registrierte Bürger künftig über das Handy vor Gefahren wie Großbränden oder Chemieunfällen warnen. Um diesen Dienst zu nutzen, muss der Bürger sich online anmelden und sensible personenbezogene Daten preisgeben. Vor der Beschlussfassung zur Einführung eines solchen Systems sollten datenschutzrechtliche Bedenken durch den Landesbeauftragten für Datenschutz ausgeräumt werden. Laut eines SWR-Berichts vom 21. Januar 2015 scheint dieser allerdings nicht von der Landesregierung über die Einführung von „Katwarn“ informiert worden zu sein.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Warum wurde der Landesbeauftragte für Datenschutz nicht in die Einführung des Katastrophenwarn-Systems „Katwarn“ eingebunden und hat erst durch die Presse davon erfahren (siehe SWR aktuell 19.30 Uhr vom 21. Januar 2015)?
2. Wie wird die Landesregierung dem vom Landesbeauftragten für Datenschutz angemahnten vertieften Prüfungsbedarf hinsichtlich des Datenschutzes in dieser Frage nachkommen?
3. Wie soll nach Ansicht der Landesregierung die weitere Klärung datenschutzrechtlicher Fragen erfolgen?
4. Wie wird die Landesregierung künftig sicherstellen, dass bei den Datenschutz betreffenden Maßnahmen des Landes der Datenschutzbeauftragte hinreichend eingebunden ist?

**21. Abgeordneter  
Martin Brandl (CDU)****Novellierung der Arbeitsstättenverordnung**

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie steht die Landesregierung der von Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles geforderten „Arbeitsstättenverordnung“ gegenüber?
2. Wie schätzt die Landesregierung die Bereitschaft der Wirtschaft zur Umsetzung einer „Arbeitsstättenverordnung“ ein?
3. Wie schätzt die Landesregierung den bürokratischen Aufwand für Arbeitgeber ein, um eine „Arbeitsstättenverordnung“ zu realisieren?
4. Steht der zu erwartende Aufwand für die Wirtschaft aus Sicht der Landesregierung im Verhältnis zum eventuellen Nutzen einer „Arbeitsstättenverordnung“?